



Postulat Fraktion Grüne

Generationenhaus für Thun

Forderung: Der Gemeinderat wird gebeten im Rahmen von neuen Projekten die Realisierung eines Generationenhauses zu prüfen. Ein solches könnte auch Vorbild für weitere Generationenhäuser in neuen Siedlungen sein.

Begründung:

Unsere Bevölkerung wird älter, und nicht nur der Bedarf an entsprechend gestaltetem Wohnraum nimmt zu. Im Alter möchten wir den sozialen Austausch pflegen weiterpflegen können, denn der Kontakt zu anderen Menschen ist wichtig und leistet einen Beitrag zum Erhalt der psychischen Gesundheit. Für unsere Gesellschaft ist es wichtig, dass wir älteren Menschen Wohn- und Lebensraum dort bieten, wo auch jüngere Menschen verkehren. Alleine die Integration einer Kita in Wohnangebote für Ältere kann eine Bereicherung für beide Generationen darstellen. Weiter sollten die öffentlichen Bereiche auch für andere Teile der Bevölkerung einladend und attraktiv sein. Dafür bieten sich beispielsweise attraktive Cafés, Restaurants oder günstig zu mietende Räumlichkeiten für Veranstaltungen an. Bestes Beispiel für ein solches Generationenhaus ist dasjenige neben dem Berner Hauptbahnhof, das an zentralster Lage zu einem Treffpunkt für Jung und Alt, Kultur und Business geworden ist. Auch in Biel bietet die Résidence au Lac ein vergleichbares Angebot mit Seniorenwohnungen, einer Kita, Seminarräumlichkeiten und einem öffentlichen Restaurant. Auch Brienz kennt ein Generationenhaus, in dem die in den Räumen des Heimes eingemietete Kindertagesstätte „Chinderhus“ auf bereichernde Weise die Generationen verbindet.

Unsere Gesellschaft verändert sich und diesen Veränderungen gilt es auch mit Wohn- und Freizeitangeboten, sowie auch Betreuungsangeboten angemessen Rechnung zu tragen. Die Stadt kann mit gutem Beispiel vorangehen, denn beispielsweise gerade historische Gebäude im Stadtbesitz, wie die Schadaugärtnerei oder der Thunerhof könnten sich zum gegebenen Zeitpunkt für die Schaffung eines solchen öffentlichen, generationenübergreifenden Treffpunktes anbieten. Das Miteinander soll gefördert werden.

Dringlichkeit: Nicht verlangt

Thun, 14. November 2018/ Andrea de Meuron